

Henning Baethge

Zwei Tage lang war der frühere Bundestags-Wehrbeauftragte und heutige Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, Hans-Peter Bartels, in der Ukraine. Weil keine Flüge nach Kiew mehr gehen, sind er und seine sieben Begleiter vor einer Woche mit dem Zug gefahren – eine 24 Stunden-Reise, weitenteils in einem per Kohleofen geheizten Bahnabteil. In der ukrainischen Hauptstadt und deren kriegszerstörten Vororten traf der ehemalige Kieler SPD-Bundestagsabgeordnete auf große Entschlossenheit. Und große Erwartungen an Deutschland.

Herr Bartels, wie haben Sie die Menschen in der Ukraine erlebt?

Sie sind tapfer, trotzig, sehr gefasst, sehr engagiert. Viele junge Leute arbeiten inzwischen in wichtigen Positionen, auffällig viele junge Frauen, die die Weltöffentlichkeit über das Leid ihres Landes informieren wollen. Die Ukraine kämpft gerade nicht nur gegen Russland, sondern auch darum, nicht im Stich gelassen zu werden.

Haben viele in der Ukraine diese Befürchtung?

Ja, sie befürchten eine Gewöhnung des Auslands an diesen Krieg, befürchten, dass er immer mehr als lästiger Dauerkonflikt wahrgenommen wird, als eine Sache, die uns im Westen eigentlich nicht betrifft, weil sie weit im Osten Europas ausgefochten wird. Gerade deshalb ist ihnen jedes Zeichen der Solidarität und auch so ein Besuch wie jetzt unserer sehr willkommen.

Halten Sie die Sorge vor einem Gewöhnungseffekt für berechtigt?

Noch ist bei uns die Solidarität groß, und die politische Linie der EU und der Nato bei der Unterstützung der Ukraine eindeutig. Aber natürlich gibt es auch in Deutschland politische Unterströmungen, die sagen: Nun macht mal endlich Schluss, egal wie. Wer so redet, verkennet, dass dies nicht

„Man soll gar nichts ausschließen“

Was der Ex-Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels auf einer Reise in die Ukraine erlebt hat – und welche Hilfe noch folgen könnte



Ortstermin in Borodjanka: Hans-Peter Bartels (r.) mit Bürgermeister Heorhii Yerko (Mitte) und dem Vertreter der Region Kiew-Land, Artem Husak. Foto: Fabian Schlüter

nur ein existenzieller Konflikt für die Ukraine ist, sondern auch für die Sicherheit des Westens. Wenn die Ukraine von der Landkarte verschwände, würden wir in einer noch gefährlicheren Welt als heute leben.

Wo waren Sie in der Ukraine, wen haben Sie getroffen?

Wir haben in Kiew Parlamentsabgeordnete von Regierungs- und Oppositionsfraktionen getroffen, die übrigens sehr einig sind in ihrem Verteidigungswillen. Wir haben mit Vertretern der Regierung, mit Wissenschaftlern und mit Hilfsorganisationen gesprochen. Und wir haben die zerstörten Vororte Irpin, Butscha und Borodjanka besucht. In Butscha, wo die russische Armee viele Zivilisten gefoltert, getötet und auf den Straßen liegen gelassen hat, war es besonders berührend, als wir am Gedenkort für die Toten einen Priester trafen, der uns Videos von Leuten aus der Gemeinde, aus dem Kirchenchor zeigte, die er kannte und die jetzt tot sind. Da hat nicht nur er geweint.

Wie ist man Ihnen als Deutschem begegnet?

Extrem freundlich, aber auch enorm erwartungsvoll. Deutschland ist ein Land, dem sich die Ukrainer sehr verbunden fühlen. Manche haben hier schon gearbeitet, sprechen Deutsch. Nicht umsonst sind etwa eine Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland geflohen. Wir haben erlebt, dass Frauen für einige Tage zu ihrem Mann oder ihren Eltern reisen, um sie zu sehen – aber dann wieder zurück in die Sicherheit, nach Deutschland gefahren sind. So ein Familienleben hat nichts mit Sozialtourismus zu tun, es ist der Wahnsinn. Für all die bisher geleistete Hilfe ist man unserem Land in der Ukraine sehr dankbar.

Was erwarten die Ukrainer jetzt von Deutschland?

Mehr Waffen und Munition. Der Ausgang des Krieges hängt ganz entscheidend davon ab, dass die Ukraine sich weiter verteidigen kann. Russlands Potenzial ist noch längst nicht erschöpft – das Land ist bevölkerungsmäßig dreimal so groß

wie die Ukraine. Unsere Solidarität muss daher so lange anhalten, wie dieser Krieg nicht beendet ist. Und beendet heißt: Rückzug der russischen Truppen aus den besetzten Landesteilen.

„Unsere Solidarität muss daher so lange anhalten, wie dieser Krieg nicht beendet ist. Und beendet heißt: Rückzug der russischen Truppen aus den besetzten Landesteilen.“

Hans-Peter Bartels
Sicherheitspolitiker

Deutschland hat die Lieferung von Leopard-Kampfpanzern zugesagt. Erwartet die Ukraine noch mehr, etwa Kampfjets?

Kampfjets waren kein Thema bei unseren Gesprächen. Man war eher erleichtert über die Entscheidung, Kampfpanzer zu liefern. Aber es werden am Ende schon etwas mehr als

nur 14 Leopard 2 aus Deutschland sein müssen. Auch die Leopard-1-Entscheidung wurde ausdrücklich begrüßt.

Was braucht die Ukraine am dringendsten?

Luftverteidigung und gepanzerte Gefechtsfahrzeuge für die Rückeroberung von verlorenem Terrain.

Polen will auf der Münchener Sicherheitskonferenz nächste Woche einen Beschluss durchsetzen, dass die Nato auch Kampfjets liefert. Fänden Sie das richtig?

Man soll gar nichts ausschließen an militärischer Unterstützung. Es gibt dafür den wissenschaftlichen Begriff der strategischen Ambiguität – der meint auf gut deutsch: Wir müssen doch Putin nicht erzählen, was wir tun oder nicht tun. Klar ist: Kein Nato-Staat will und wird selbst mit eigenem Militär Teil des Krieges werden. Aber die Ausrüstung der ukrainischen Armee muss so sein, dass sie den Kampf bestehen kann. Immer wieder neue rote Linien zu ziehen, die man dann doch immer wieder

überschreitet, ist wenig hilfreich.

In Ihrer Partei, der SPD, fordern Fraktionschef Rolf Mützenich oder Ralf Stegner, mehr auf Diplomatie zu setzen statt auf immer mehr Waffen. Wie sehen Sie das?

Was heißt denn mehr Diplomatie? Das sind doch wohlfeile Floskeln! Putin hat bisher noch jeden Vertrag und jedes gegebene Wort gebrochen. Es gab ja ein Abkommen, in dem Russland ausdrücklich die territoriale Integrität der Ukraine garantiert, das Budapester Memorandum. Dafür übergab nach dem Ende der Sowjetunion Kiew seine Atomwaffen komplett an Moskau. Und noch wenige Tage vor dem Überfall hat Putin der Weltöffentlichkeit erklärt, natürlich werde er nicht in die Ukraine einmarschieren. Der Kreml setzt im Moment nicht auf Diplomatie, sondern auf brutalste Gewalt. Er droht sogar mit Atomwaffen.

Aber wie kann der Krieg dann enden?

Das ist die große Frage, auf die wir in Deutschland und im Westen noch keine gute Antwort haben, und auf die auch unsere ukrainischen Gesprächspartner nur sagen, dass sie wieder frei in ihrem Land leben wollen, ohne Lebensgefahr, ohne Bedrohung. Aber wie das zu erreichen sein soll, steht in den Sternen. Die Ukraine wird sich weiter verteidigen müssen. Für einen Verhandlungsfrieden braucht es wohl ein anderes Russland.

Die Ukraine will möglichst rasch in die EU. Was halten Sie davon?

Genau das richtige Ziel! Und der Besuch von EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen in Kiew war das richtige Zeichen, dass Europa entschlossen ist, die Ukraine als vollwertiges Mitglied aufzunehmen. Die Stadt Irpin etwa hatte sich schon vor dem Überfall zu einer Modellstadt erklärt, die schneller als andere europäische Standards einführt – von Normen für Kindergärten bis zu Vorschriften für Abwasser. Man hofft so sehr auf den Frieden.

London, Paris, Brüssel: Selenskyj auf Europa-Tour

Ukrainischer Präsident spricht vor britischem Parlament / Sunak lässt Verfügbarkeit von Kampfjets prüfen

LONDON/PARIS Bei einem Überraschungsbesuch in London hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj den Westen um Kampfjets für den Abwehrkampf gegen Russland gebeten. Diese bedeuteten für sein Volk „Flügel für die Freiheit“, sagte er gestern. Vor Parlamentariern in der Westminster Hall dankte er den Briten zudem für ihre Unterstützung. Am Abend folgte ein Besuch in Paris, wo Selenskyj den französischen Präsidenten Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz traf. Morgen wird er in Brüssel zum EU-Gipfel erwartet.

Gestern wurde Selenskyj – wie gewohnt im olivgrünen Pullover und Stiefeln unter-

wegs – auch von König Charles III. im Buckingham-Palast empfangen. Auch wollte er ukrainische Soldaten besuchen, die von der britischen Armee ausgebildet werden.

Vor dem Parlament in London sagte Selenskyj, er erhoffe sich noch mehr Hilfe von den westlichen Verbündeten – und hoffe überdies, dass London dabei wieder eine Führungsrolle spiele. Im Voraus, sagte der Präsident, bedanke er sich für die starken englischen Flugzeuge. Unter anderem Polen drängt die Nato-Partner, nach Kampfpanzern nun auch die Lieferung von Kampfjets zu bewilligen.

Der britische Premier Rishi Sunak lobte Selenskyjs überra-



Anzug trifft Oliv-Pullover: Im Buckingham-Palast wurde Wolodymyr Selenskyj von König Charles III. empfangen. Foto: Aaron Chowny/PA Wire/dpa

schen Besuch als „Zeugnis für den Mut, die Entschlossenheit und den Kampfgeist seines Landes und Zeugnis der unerschütterlichen Freund-

schaft unserer beiden Länder“. Großbritannien hatte sich seit Kriegsbeginn stets schnell und entschlossen hinter die Ukraine gestellt und

steht nach Angaben des Kieler Instituts für Weltwirtschaft auf Platz zwei der wichtigsten Waffenlieferanten für die Ukraine nach den USA.

London kündigte im Zuge des Besuchs zunächst keine Lieferung von Kampfjets an, sondern lediglich die Erweiterung seines Ausbildungsprogramms für ukrainische Soldaten. Allerdings will der britische Premierminister Rishi Sunak prüfen lassen, ob Kampfflugzeuge für die Ukraine verfügbar sind. Es handele sich aber um eine „langfristige“ Lösung. Bereits im Frühling könnten die ersten ukrainischen Piloten an Nato-Jets in Großbritannien ausgebildet werden, hieß es weiter. dpa

MH17: Putin an Abschuss beteiligt?

DEN HAAG Der russische Präsident Wladimir Putin spielte nach Erkenntnissen internationaler Ermittler eine aktive Rolle beim Abschuss des Passagierflugzeuges MH17 im Juli 2014 über der Ostukraine. Das geht aus abgehörten Telefongesprächen hervor, wie das Ermittlerteam gestern in Den Haag mitteilte. Es gebe „starke Hinweise“, dass Putin entschieden habe, den prorussischen Rebellen die Luftabwehrrakete zur Verfügung zu stellen, mit der die Maschine später abgeschossen wurde. Einen direkten Beweis, dass Putin auch dem Abschuss zugestimmt hat, haben die Ermittler aber nicht. dpa